

Denkanstöße für eine nachhaltigere und klimaneutrale Ausrichtung unserer Politik der Bonner CDU

Der Klimawandel und das globale Artensterben stellen uns vor große Herausforderungen, und der Wandel hin zu einem klimaneutralen Land vor große Veränderungen. Der AK Nachhaltigkeit hat aus diesem Grund einige Denkanstöße verfasst, wie die CDU den Wandel in Zukunft mitgestalten kann. Diese möchten wir hier mit Ihnen teilen.

- Mit der Klimarahmenkonvention von 1993, der Konkretisierung im Pariser Klimaschutzabkommen von 2015, den Sustainable Development Goals (SDGs) der Vereinten Nationen von 2016 und dem internationalen Übereinkommen über die biologische Vielfalt von 1993 ist ein verbindlicher internationaler Rahmen für die nationale wie internationale Politikagenda in Bezug auf den Biodiversitäts- und Klimaschutz sowie der Nachhaltigkeit gesetzt worden. Die CDU und die von der CDU geführten Bundesregierungen haben sich in der Folgezeit mehrfach zur Umsetzung dieser Zielvorgaben bekannt.
- Hinter diesen politischen Abkommen verbirgt sich das Bekenntnis zur Notwendigkeit, Wirtschaft und Gesellschaft in den nächsten Jahrzehnten diesen Zielsetzungen entsprechend grundlegend neu auszurichten. Die Frage, wie die Erkenntnis umgesetzt werden muss, dass Wachstum und Wohlstand nicht länger auf Kosten der Ausbeutung natürlicher Lebensräume und Ressourcen basieren, ist politisch nach wie vor hoch umstritten. Das gilt auch für die Diskussion innerhalb der CDU.
- Trotz der verbal klaren Bekenntnisse fehlt es in der CDU auf den unterschiedlichen politischen Ebenen immer noch an konsistenten Umsetzungskonzepten und konsequenten Umsetzungsschritten. Die politischen Inhalte dieser Diskussion werden zurzeit sehr stark durch aktuelles Regierungshandeln auf europäischer und nationaler Ebenen bestimmt. Aus der CDU kommen dazu eher wenige Impulse. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass in der CDU lange Zeit die Einschätzung vorgeherrscht hat und zum Teil immer noch vorherrscht, Klima-, Arten- und Umweltschutz seien im Prinzip politisch „links“ verortet.
- Eine von der Globalisierung getriebene Wachstums- und Wohlstandspolitik, die nicht die planetaren Grenzen berücksichtigt (z.B. den massiven Verlust der Biodiversität, Veränderung des Klimas oder der Einschleppung von gebietsfremden Arten und Krankheitserregern), gepaart mit einer Politik des „auf Sicht fahren“ hat in der CDU während der letzten zwei Dekaden dazu geführt, dass wesentliche Inhalte der eigenen politischen Identität verschüttet wurden: u.a.
 - die Idee der Daseinsvorsorge und des Gemeinwohls
 - das Konzept: Schöpfung bewahren (natürliche Ressourcen schützendes Prinzip der Verantwortung im Lichte des christlichen Menschenbildes)
 - das Subsidiaritätsprinzip
 - das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit
 - Die Idee der ökologischen und sozialen Marktwirtschaft (s. Grundsatzprogramm von 1994)

- Die fehlende Neuinterpretation dieses Wertegerüsts konservativer Prägung im Lichte moderner Nachhaltigkeitskonzepte hat zumindest in Teilen zu einem Verlust der Anschlussfähigkeit der CDU an aktuelle Zukunftsdiskussionen geführt. Die Konzepte zum Anthropozän, zu weltweit schutzwürdigen Gemeinschaftsgütern wie Atmosphäre, Meere, Ressourcen, zu den planetaren Grenzen oder zu der Verankerung des Nachhaltigkeitsdiskurses entspringen im Kern konservativen Wertvorstellungen. Gleichwohl haben sie erst in Ansätzen Eingang in die CDU-Programmatik gefunden. Allzu oft wird immer noch das tiefverwurzelte, aber lang überholte Gegensatzpaar von wachstums- und wohlstandsorientierter Wirtschaftspolitik einerseits und angeblich entwicklungsverhindernder Umweltpolitik andererseits gepflegt.
- Eine zukunftsorientierte Politik fordert einen Politikansatz, bei dem Umwelt- und Klimapolitik integraler Bestandteil einer innovativen Wirtschaftspolitik sind. Das Konzept der Nachhaltigkeit besteht im Kern darin, die Umweltpolitik in die Sozial- und Wirtschaftspolitik zu integrieren. Eine Politik ist dann nachhaltig, wenn es ihr gelingt, bisherige Konflikte, die sich zwischen Wirtschaft, Sozialem und Umwelt aufgetan haben und aufzutun aufzulösen und so auszubalancieren, dass sie nicht auf Kosten künftiger Generationen gehen.
- Das gelingt nur, wenn das Wirtschaften des Menschen wieder die Kreisläufe der Natur aufnimmt. Zum Kernbestand ethisch konservativen Denkens gehört es, Kreisläufe der Natur als Grundgesetz des Lebens zu erkennen und ihre Zerstörung zu beenden. Daraus folgt eine Ordnungspolitik im Sinne einer ökologischen und sozialen Marktwirtschaft, die sich diesem Denken verpflichtet weiß. Eigennutzorientiertes Verhalten muss begrenzt werden, wo es die Freiheit anderer übermäßig einschränkt und die Natur übernutzt, zu stark belastet oder gar dauerhaft zerstört. Eine intelligente Mischung aus marktwirtschaftlichen und ordnungspolitischen Instrumenten ermöglicht eine erfolgreiche Umsetzung dieser Ziele.

Konkret geht es insbesondere um folgende Handlungsfelder:

- eine neue biobasierte Wirtschafts- und Industriepolitik (Ökonomie auf der Basis nachwachsender Rohstoffe, natürlicher Materialien und Produkte)
- Förderung der nicht materiellen gesellschaftlichen Werte und Lenkung des Wirtschaftswachstums in diese Richtung (z.B. gesellschaftlicher Zusammenhalt und Teilhabe, Kunst und Kultur, Wiederverwendung, Wiederverwertung)
- eine Politik, die auf Innovationen, technologische Durchbrüche und Effizienzgewinne setzt, die durch eine ordnungspolitische Steuerung des Wirtschaftswachstums in eine nachhaltige Richtung gelenkt werden.
- eine städtebauliche Politik, welche der zunehmenden Flächenversiegelung entgegenwirkt und nachhaltiges Bauen fördert (z.B. geringerer Betoneinsatz aufgrund der negativen CO₂-Bilanz von Zement und der endlichen Ressource Sand).

- eine Nachhaltigkeitswende, die Emissionen und den Verbrauch von natürlichen Ressourcen mit marktwirtschaftlichen Mitteln bepreist (vergleichbar dem System der Bepreisung von CO₂), unter anderem durch eine Neuformulierung des Bruttoinlandsproduktes unter Berücksichtigung des Ressourcenverbrauchs bzw. reduzierten Ökosystemleistungen.
- eine effiziente Energiepolitik zur Förderung erneuerbarer Energien (Strom, Wärme und Wasserstoff),
- eine ressourcenschonende Steuer- und Finanzpolitik u.a. nach ESG-Kriterien (Kriterien für Umwelt, Soziales und Unternehmensführung)
- eine zwischen den Verkehrsträgern abgestimmte Mobilitätspolitik, die nachhaltigere Mobilität begünstigt.
- eine Agrarwende, die den Landwirten und Landwirtinnen für eine naturnahe, regionale Landwirtschaft finanzielle und menschliche Anerkennung zollt

Dieser Veränderungsprozess gelingt nur mit einer intensiven Einbindung und Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger. Deshalb ist es so wichtig, dass neue Formen gefunden werden, die Bürgerinnen und Bürger zu Akteuren und Verantwortungsträgern des Veränderungsprozesses werden lassen.

An diesem grundsätzlichen Verständnis muss sich auch die Kommunalpolitik der CDU ausrichten, wenn sie zukunftsfähig bleiben will. Es geht um die Entwicklung eines eigenständigen (Nachhaltigkeits)-Profils, das versteht, aus Grundüberzeugungen Konzepte abzuleiten, die vorausschauend, nachvollziehbar und in sich konsistent sind. Alles andere bleibt Stückwerk.

Beispiele für konkrete Ziele:

- Lebensmittelabfälle reduzieren und wiederverwerten
- Bildung für nachhaltige Entwicklung fördern (Schulen, Kindergärten, Volkshochschule, Universitäten, Berufsschulen, freie Bildungsinstitutionen)
- Bodenschutz leben (z.B. verdichtete Bebauung) und Entsiegelungen fördern
- Nachhaltige öffentliche Beschaffung (z.B. Wiederverwendung, Wiederverwertung, Reparatur)
- natürliche Lebensgrundlagen erhalten (z.B. Versiegelung reduzieren, Wälder, Parks, Landschaftsschutzgebiete und landwirtschaftliche Flächen vor Zerstörung schützen)
- nicht erneuerbare Ressourcen durch erneuerbare Ressourcen ersetzen

- das Ziel einer Produktion von Waren nach dem Cradle-to-Cradle – Prinzip (zu 100 % einfach recycelbar)
- Freisetzung von Stoffen (auch von gentechnisch veränderten Organismen) nur nach Risikoabwägung und Beachtung des Vorsorgeprinzips im Rahmen der ökologischen Grenzen der Tragfähigkeit der natürlichen Systeme bzw. der möglichen Regeneration
- angemessene Bepreisung von Belastungen der Umwelt einschl. sozialem Ausgleich für sozial Schwache, die sich teurere öffentliche Dienstleistungen nicht mehr leisten können (z.B. sozialen Zusammenhalt wahren und stärken, höhere Gebühren für Stellplätze, angemessene Steuern (z.B. für internationale Konzerne)
- umweltverträgliche Landwirtschaft angemessen vergüten
- Beiträge zur Reduzierung von Armut und Ungleichheit weltweit leisten.
- eine Mobilitäts- und Verkehrswende mit dem Ziel einer vollständigen Dekarbonisierung bis 2045.

Unterstützerinnen und Unterstützer:

Dr. Karl-Eugen Huthmacher

Anne Schulte-Wülwer-Leidig

Hans-Georg Schwalb

Dr. Gabriele Schmidt-Wolf

Hermann Simons

Brigitte Fieberg-Schlossmacher

Jan Lückhof

Maria Hohn-Berghorn

Alisa Topp

Nico-Daniel Claussen

Franz Emde

Wenn auch Sie unsere Denkanstöße als Antrag auf dem nächsten Kreisparteitag unterstützen möchten, würden wir uns über Ihre Unterzeichnung freuen. Dies kann per email an [**ak-nachhaltigkeit@cdu-bonn.de**](mailto:ak-nachhaltigkeit@cdu-bonn.de) erfolgen.